

ALFRED GUSENBAUER
BUNDESKANZLER DER REPUBLIK ÖSTERREICH



Bildung – Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg im 21. Jahrhundert

Sehr geehrter Herr Gouverneur!
Meine Damen und Herren!
Ich freue mich ganz besonders, dass die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) für die diesjährige Volkswirtschaftliche Tagung das Thema „*Humankapital und Wirtschaftswachstum*“ gewählt hat, dessen umfassende Bedeutung für die gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Entwicklung unumstritten ist.

Ich will mich nicht der Meinung jener Sprachwissenschaftler anschließen, die im Jahr 2004 das Wort „Humankapital“ zum Unwort des Jahres gewählt haben, finde es aber in diesem Zusammenhang treffender von Bildung zu sprechen. Bildung ist ein neutraler Begriff, der den Menschen nicht ausschließlich auf ökonomische Funktionsfähigkeit reduziert. Humankapital hingegen ist Teil des Produktionsfaktors Kapital, ebenso wie Sozialkapital, das übrigens auch einen beachtlichen Einflussfaktor für Wachstum darstellt. Die Unterschiede zwischen Bildung und Humankapital entstehen aus der Perspektive des Betrachters – in der Sache sind beide ähnlich. Mir ist es aber wichtig zu betonen, dass Wissen und Fertigkeiten des Einzelnen nicht nur eine ökonomische, sondern mehr denn je eine eminent soziale und gesellschaftspolitische Bedeutung haben.

Der strukturelle Wandel vollzieht sich heute mit atemberaubender Geschwindigkeit: Die Innovationszyklen werden kürzer. Der Innovations- und Anpassungsdruck steigt. All das führt dazu, dass Bildung der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe wird. Wer früh den Bildungsanschluss verliert, ist mit Armut, Arbeitslosigkeit und

gesellschaftlicher Marginalisierung konfrontiert. Investition in Bildung ist sowohl eine volkswirtschaftliche als auch eine gerechtigkeitspolitische *Win-Win-Situation*. Wo kontinuierlicher Aufbau und beständige Erneuerung der Kenntnisse von Menschen den Kern der Tätigkeit eines modernen Sozialstaates ausmachen, da werden zugleich die Voraussetzungen erfolgreichen Wirtschaftens geschaffen.

Zunächst ganz generell etwas zur ökonomischen Bedeutung von Bildung: Ich glaube, es ist schon lange unbestritten – und das ist das Verdienst der endogenen Wachstumstheorie – dass die Qualität des Humankapitals entscheidend Wachstum und Wettbewerbsposition eines Landes beeinflusst. Relativ neu ist die Erkenntnis, dass ökonomische Wirkungen von Bildungsinvestitionen nicht unabhängig vom jeweiligen technologischen Standard einer Volkswirtschaft sind. Tertiäre Bildung wird umso wichtiger, je näher sich ein Land an der Spitze der produktivsten Länder befindet. Diejenigen Länder, die sich dem höchsten technologischen Standard angenähert haben, können ihre Wettbewerbsposition nur halten oder ausbauen, wenn sie in Spitzenforschung und somit vorrangig in die Verbesserung der tertiären Ausbildung investieren. Ein innovationsbasiertes Wachstum benötigt daher ein höheres Qualifikationsniveau, das nur im universitären Bereich vermittelt wird.

Gerade diese Einsicht hat für die Forschungs- und Bildungspolitik in Europa entscheidende Bedeutung. Einige europäische Staaten, nicht zuletzt Österreich, setzten ihre bil-

dungspolitischen Schwerpunkte traditionell auf die Ausbildung im sekundären Bereich. Berufsorientierte Bildungssysteme sind dann wichtig, wenn sich die Volkswirtschaft durch Imitation von Innovation in einem Aufholprozess befindet. Verbreitung und Produktivität in den Informations- und Kommunikationstechnologien sind in manchen Mitgliedstaaten der Europäischen Union heute noch immer unterdurchschnittlich, auch dominiert nach wie vor der Export im Bereich mittlerer Technologie und kapitalintensiver Güter.



China, Südostasien und die neuen EU-Mitgliedstaaten dringen zunehmend in diese wirtschaftlichen Segmente vor.

Es bahnt sich eine Verlagerung der globalen komparativen Vorteile im internationalen Handel an. Vor diesem Hintergrund muss die Europäische Union Reformen mit hochschulpolitischem Schwerpunkt vorantreiben und das europäische Universitätssystem modernisieren, erste Schritte wurden etwa durch die Initiierung des *Bologna Prozesses* gesetzt.

Diese Entwicklung ist auch für Österreich sehr wichtig. Die nächsten Jahre sind hier richtungweisend. Es entscheidet sich, ob es Österreich gelingen wird, seine wirtschaftlichen Strukturen für einen dauerhaften Verbleib an der Spitze der produktivsten OECD-Länder auszurichten. Insbesondere rohstoffarme, exportorientierte Länder können ihr Niveau nur so lange halten, wie sie in der

Lage sind, innovative Produkte und Dienstleistungen anzubieten, die andere Ländern noch nicht herstellen können, aber benötigen. Der notwendige Wandel vom Aufhol- zum Innovationsregime, den Österreich derzeit durchläuft, stellt sich nicht automatisch ein. Der Förderung der Spitzenforschung als Innovationsmotor für die Wissensgesellschaft kommt oberste Priorität zu – etwa durch die Verbesserung der universitären Ausbildung und die Steigerung der Attraktivität der österreichischen Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie deren Internationalisierung. An dieser Stelle sei die im letzten Jahr erfolgte Gründung des *Austrian Institute of Science and Technology* erwähnt, einer Spitzenuniversität für Forschung und Entwicklung.

Forschungs- und Bildungspolitik muss aber, will sie erfolgreich sein – erfolgreich auch im Sinn von Aufklärung und Demokratie – beides berücksichtigen, Spitze und Breite. Die Breite braucht die Spitze, sie gibt die geistige Anregung, ohne Breite aber agiert die Spitze im luftleeren Raum. Die Ausbildung muss auf allen Ebenen verbessert werden, nicht nur im universitären Bereich. Qualitativ hochwertige vorschulische Ausbildung für alle Kinder, die Förderung der sprachlichen Ausbildung und Entwicklung insbesondere von Kindern von Migranten, oder die Bildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr, müssen ebenso Teil einer österreichischen Exzellenzstrategie sein.

Chancengerechtigkeit, die Aufhebung sozialer Barrieren beim Zugang zur Bildung, die individuelle Förderung und Unterstützung jedes Einzelnen optimieren die individuelle Leistungsfähigkeit; sie sind unabding-

bar für den wirtschaftlichen Erfolg. Ich mache an dieser Stelle kein Hehl daraus, dass ich die frühe Selektion, das Verteilen von Kindern auf verschiedene Bildungswege nicht nur für sozial ungerecht und leistungsfeindlich halte. Diese Frühselektion mag traditionell begründet sein, ist aber sicherlich nicht wissenschaftlich fundiert. Heute entscheidet sich bereits im Vorschulalter der spätere Entwicklungsweg. Wir wissen, dass es überwiegend Kinder mit sozial schwachem Hintergrund und insbesondere Kinder von Migranten sind, für die schon im frühen Kindesalter eine weiterführende Ausbildung in Richtung Matura äußerst unwahrscheinlich ist, wobei Interesse und Begabung kaum eine Rolle spielen.

Ziel muss es daher sein, sämtliche Barrieren sozialer und geschlechtsspezifischer Art abzubauen. Bezeichnend für die derzeitige Situation ist auch der geringe Anteil von Forscherinnen an den österreichischen Universitäten – lediglich 11 % aller Professoren sind Frauen; es gibt an den 21 staatlichen Universitäten keine einzige Rektorin – für mich ein Zeichen dafür, dass nicht das gesamte Wissenspotenzial unserer Gesellschaft ausgeschöpft wird. Und das kostet die Volkswirtschaft viel.

Dass es möglich ist gerecht und ökonomisch erfolgreich zu agieren, beweisen die skandinavischen Länder: hervorragendes Bildungswesen, flächendeckende sowie hochwertige Betreuungseinrichtungen für Kinder und die dadurch ermöglichte hohe Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben. Alle diese Faktoren tragen dort dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit niedrig bleibt und das Risiko von Bildungsarmut und sozialem Ausschluss gering ist.

Die österreichische Bundesregierung hat die Bildungspolitik zu einem zentralen Schwerpunkt ihrer Wachstums- und Beschäftigungsstrategie gemacht. So wurden – nach Jahren des Rückgangs – die Ausgaben für den Bildungsbereich deutlich erhöht, ebenso die Ausgaben für die Universitäten. Wichtige Reformen unseres Bildungswesens von der Vorschule bis zur Spitzenuniversität werden zügig umgesetzt. Dazu zählen etwa die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl oder der Ausbau der Ganztagsbetreuung für Schüler.



Unsere Wachstums- und Beschäftigungsstrategie hat dabei zum Ziel, durch Innovationen erzielt nachhaltiges Wachstum, die Arbeitslosenquoten dauerhaft zu reduzieren. Österreich ist auf einem guten Weg. Österreich wird generell eine zufriedenstellende makroökonomische Performance und eine solide strukturelle Basis bescheinigt. Zuletzt hat Anfang Mai das *International Institute for Management Development* im *World Competitiveness Yearbook* diesen Umstand bestätigt, indem es die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich als weltweit elftbeste – im EU-Rahmen sogar fünftbeste – eingestuft hat. Die aktuelle konjunkturelle Lage ist für die gesamte EU sehr erfreulich, aber Österreichs Wirtschaft wächst mit heuer wahr-

scheinlich 3% noch stärker als der Durchschnitt, die Arbeitslosigkeit in Österreich nähert sie sich der 4% Grenze.

Gleichzeitig bleibt viel zu tun. Wir haben – aufbauend auf den Erfahrungen mit der Lissabon Agenda auf europäischer Ebene – ein maßgeschneidertes Konzept entwickelt, das angebotsseitige und nachfrageseitige Elemente kombiniert. Nur so kann das gesamte Wachstumspotential ausgeschöpft werden. Die Bildungspolitik ist dabei Teil einer Vielzahl von Maßnahmen, die sich in ihrer Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung gegenseitig verstärken. Eine der Säulen dieser Maßnahmen wird die Anhebung der Forschungs- und Entwicklungsquote auf 3% bis zum Jahr 2010 sein. Weitere Elemente sind der massive Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur auf dem Verkehrs-, Kommunikations- und Energiesektor mit besonderer Berücksichtigung von umwelt- und klimafreundlichen Technologien. Besonders erwähnen möchte ich unsere Investitionen ins Sozialsystem, wie etwa die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Das Sozialsystem – so wie wir es gestalten – ist nicht Kostenfaktor oder Hindernis marktwirtschaftlicher Dynamik, sondern gesellschaftliche Produktivkraft.

Noch in dieser Legislaturperiode wird eine große Steuerreform zu einer spürbaren Entlastung für Steuerzahler und Wirtschaft führen. Das Steuer- und Abgabensystem wird nachhaltig gestaltet werden, ökologische Aspekte einbeziehen und vor allem beschäftigungs-, investitions- und wachstumsfreundlich wirken. Ziel ist es, einer allfälligen Abkühlung der Konjunktur entgegenzuwirken, unter anderem durch die Stärkung der Kaufkraft jener, die eine höhere Konsumneigung haben. Nur so können wir die Arbeitslosigkeit senken und die Beschäftigung nachhaltig steigern.

Es ist klar, dass Investitionen in Bildung Investitionen in die Zukunft unseres Landes sind; die Wachstumswirkungen werden nicht sofort spürbar sein. Ich glaube aber, es geht um viel mehr als um ökonomisches Wachstum. Es geht letztlich darum, dass alle die Chance bekommen, an einer Wissensgesellschaft teilzuhaben. In Abwandlung des Titels des berühmten, 1975 erschienenen Buches des amerikanischen Ökonomen Arthur Okun¹, möchte ich abschließend einen Grundsatz in den Raum stellen, der insbesondere für die Bildungspolitik des 21. Jahrhunderts gelten sollte: „Equality and Efficiency: There is NO Tradeoff“.

¹ Okun, A. M. 1975. *Equality and Efficiency: the Big Tradeoff*. The Brookings Institutions Press.

